

**A-01**

# Antrag

**AntragsstellerIn:** Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf), Andreas Audretsch (KV Neukölln), weitere Antragsteller\*innen und Unterstützer\*innen: siehe unten

**Gegenstand:** **Gute Arbeit für Berlin - Grüne gegen prekäre Beschäftigung und Lohndumping im öffentlichen Auftrag**

---

## 1 Antragstext

2 **Gute Arbeit für Berlin**  
3 **Grüne gegen prekäre Beschäftigung und Lohndumping im öffentlichen Auftrag**

4 Berlins Bevölkerung wächst und damit auch die Zahl der Beschäftigten. Berlins  
5 Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, aber an einem Großteil der  
6 Erwerbstätigen geht dieser Aufschwung vorbei. Sie sind die Verlierer einer  
7 Prekarisierung, durch die immer mehr Jobs zu immer schlechteren Bedingungen  
8 gemacht werden. Viele haben befristete Arbeitsverhältnisse oder müssen sich  
9 unfreiwillig mit Teilzeit- oder Minijobs begnügen. Dazu hält sich eine wachsende  
10 Zahl mühsam als Freiberufler und Selbstständige über Wasser. Berlin steht heute  
11 wie kaum ein anderer Arbeitsmarkt in Deutschland für die Prekarisierung unserer  
12 Arbeitswelt.

13 Diese Entwicklung betrifft die gesamte Stadtgesellschaft, unterschiedliche  
14 Berufsgruppen und ist unabhängig von den formalen Bildungsabschlüssen der  
15 Betroffenen. Sie wird zunehmend als gesellschaftliche Normalität und als fester  
16 Bestandteil der Berliner Arbeitswelt gesehen. Das gilt für bestimmte  
17 Berufsgruppen ganz besonders - und zwar ausgerechnet für die Erwerbstätigen,  
18 denen die Stadt ihr weltweites Image als kreative, innovative und  
19 Wissenschaftsmetropole verdankt. Die berufliche Existenz von Berlins  
20 Künstlerinnen, Gründern und Kreativen ist häufig eine prekäre. Gleiches gilt für  
21 einen Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses und viele Beschäftigte in der  
22 Bildungs-, Jugend- und Kulturarbeit. Für all diese Berlinerinnen und Berliner  
23 sind schlechte Arbeitsbedingungen, Zeit- oder Honorarverträge und Lohndumping  
24 längst keine Ausnahmen mehr, sondern zum beruflichen Alltag geworden.

25 Das gilt leider auch dann, wenn ihre Arbeitgeberin die öffentliche Hand ist.

26 Offiziell hat der Senat Berlins Kreativberufler und Wissensarbeiterinnen zum  
27 Aushängeschild und Wachstumsmotor der Stadt erklärt. De facto beteiligt sich das  
28 Land direkt und indirekt an deren Ausbeutung, etwa bei der Auftragsvergabe und  
29 Projektförderung. Die Anzahl dieser „externen“ Beschäftigten ist in den  
30 vergangenen Jahren durch Outsourcing und den Personalabbau in der Verwaltung  
31 stetig gewachsen. Mittlerweile werden auch klassische staatliche Leistungen von  
32 Privaten erbracht und öffentliche Angebotsstrukturen durch Honorarkräfte  
33 aufrechterhalten. Das Land unterläuft dabei Standards, die der Senat in der  
34 Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eigentlich selber propagiert. Es klingt gut,  
35 wenn der Regierende Bürgermeister erklärt, Berlin müsse eine „Stadt der Arbeit“  
36 werden. Aber für „gute Arbeit“ sorgt der Senat gegenwärtig noch nicht einmal da,  
37 wo er als Arbeitgeber die Möglichkeiten dazu hätte.

38 Wir Grüne sagen Prekarität und schlechten Arbeitsbedingungen in Berlin den Kampf  
39 an. Die Prekarisierung von Erwerbstätigkeit ist unsozial. Sie führt zu einem  
40 ruinösen Wettbewerb und wir bezahlen sie mit immer weiter steigenden  
41 Sozialausgaben. Sie entwertet die Arbeitsleistung von Menschen, die Berlin  
42 international attraktiv machen oder dafür sorgen, dass diese Stadt funktioniert.

43 Wir wissen, dass nicht alle diese Probleme von heute auf morgen lösbar sind. Wir  
44 konzentrieren uns deshalb in einem ersten Schritt auf drei Bereiche: die Kunst-  
45 und Kulturszene sowie den Wissenschaftsbetrieb als den beiden Aushängeschildern  
46 Berlins; sowie auf die Betroffenen in den Bezirken als dem eigentlichen Rückgrat  
47 dieser Stadt. Im zweiten Schritt möchten wir prekäre Arbeit im öffentlichen  
48 Auftrag systematisch erfassen und mit einer langfristigen Strategie dafür  
49 sorgen, dass Land und Bezirke in allen Bereichen ihrer Vorbildfunktion als  
50 Arbeitgeber wieder gerecht werden.

#### 51 **I. Kultur: ein „Mindestlohn“ für die freie Szene**

52 Die öffentlich geförderte, freie Kulturszene ist mit vielen anderen  
53 Berufssparten nicht vergleichbar. Ihre künstlerische Arbeit ist per se  
54 projektbasiert und zeitlich befristet. Die Vergütung kann häufig nicht in  
55 Stunden bemessen und abgerechnet werden, sondern nur in Form eines Honorars.  
56 Aber auch Honorare sollten eine angemessene Vergütung sein. In Wirklichkeit  
57 arbeitet mehr als die Hälfte der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler im  
58 Niedriglohnsektor. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der freien Theater- und  
59 Tanzschaffenden liegt 40 Prozent unter dem aller deutschen Arbeitnehmer,  
60 einschließlich der geringfügig Beschäftigten. Dabei machen Projekte, die nicht  
61 institutionell gefördert werden, zwischenzeitlich einen bedeutenden Anteil am  
62 Berliner Kulturangebot und den Besucherzahlen aus. Es reicht also nicht,  
63 prekärer Kulturarbeit allein über Zuschüsse und Tarifverträge für Einrichtungen  
64 mit fester Förderung zu begegnen. Wir Grüne wollen deshalb ein Mindesthonorar -  
65 eine Art Mindestlohn für die freie Szene - einführen.

66 Der Senat hat es bereits bei der Einführung des Berliner Mindestlohngesetzes  
67 versäumt, die öffentliche Förderung freier Kultur-Projekte aufzustocken - und  
68 damit viele Projektträger und Jurys in ein Dilemma gestürzt: entweder sie  
69 schließen weiterhin die Augen vor prekären Arbeitsverhältnisse und der (Selbst-  
70 )Ausbeutung von Kulturschaffenden; oder sie fördern deutlich weniger Projekte  
71 und Personen zu halbwegs fairen Löhnen. Anderenfalls müsste in Berlin alleine  
72 der Etat für die freien Gruppen und Spielstätten der darstellenden Kunst um

73 sechs Millionen Euro erhöht werden. Das ist auch einer der Gründe dafür, dass  
74 die Große Koalition in den letzten Haushaltverhandlungen die geplante Einführung  
75 eines verbindlichen Ausstellungshonorars in kommunalen Galerien kassiert hat.

76 Dieses Dilemma wollen wir Grüne auflösen. Das geht nicht ohne eine Erhöhung der  
77 verschiedenen Einzeltitel im Landeshaushalt, von denen schon heute nur ein  
78 Minimum der förderungswürdigen Projekte profitiert. Gleichzeitig muss der Staat  
79 als Geld- und Auftraggeber sicherstellen, dass bei öffentlich geförderten  
80 Kulturprojekten eine Honoraruntergrenze gilt. Die sollte für eine monatliche  
81 Vollzeitätigkeit, in Anlehnung an bestehende Tarife für Kulturschaffende, bei  
82 mindestens 2.000 Euro liegen. Wenn Berlin seine kulturelle und Angebotsvielfalt  
83 nicht länger mit prekärer Kulturarbeit bezahlen will, braucht die Stadt beides:  
84 verbindliche Mindesthonorare und eine Aufstockung der Fördermittel für die freie  
85 Szene.

## 86 **II. Wissenschaft: dauerhafte Verträge für dauerhafte Aufgaben**

87 Hochschulen, Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gehören  
88 zu Berlins größten Arbeitgeberinnen. Aber auch hier greift die Prekarisierung um  
89 sich: Heute sind neun von zehn Verträgen im Wissenschaftsbereich befristet, mehr  
90 als die Hälfte davon mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Neben Professuren  
91 gibt es kaum noch unbefristete Arbeitsverträge an den Universitäten. Besonders  
92 schwierig ist die Situation für den wissenschaftlichen Nachwuchs: schlechte  
93 Bezahlung, unsichere Arbeitsverhältnisse und Zukunftsaussichten sowie  
94 persönliche Abhängigkeiten sind hier die Regel. Viele hangeln sich von einer  
95 Projekt- und Drittmittelfinanzierung zur nächsten oder müssen Zwischenzeiten mit  
96 zeitweiliger Arbeitslosigkeit überbrücken. Wir Grüne wollen mit dieser Praxis  
97 Schluss machen und den Betroffenen endlich langfristige berufliche Perspektiven  
98 bieten.

99 Vor allem die Gruppe der so genannten Lehrbeauftragten ist zum Inbegriff der  
100 Prekarisierung akademischer Arbeit geworden. Eigentlich sollen sie die Lehre mit  
101 ihren Erfahrungen aus der beruflichen Praxis ergänzen. Aber in den meisten  
102 Fällen geht das, was Lehrbeauftragte wirklich leisten, weit darüber hinaus.  
103 Überall dort, wo in der Regellehre Stellen nicht ausfinanziert oder besetzt  
104 sind, halten Lehrbeauftragte den Lehrbetrieb aufrecht. Aber unter deutlich  
105 schlechteren Bedingungen: Semesterwochenstunden werden pauschal bezahlt, ohne  
106 Entlohnung für die Vor- und Nachbereitung oder Beratungszeiten, ohne Ansprüche  
107 auf Urlaub, Mutterschutz oder Krankenversicherung. Dabei werden die  
108 Zukunftsängste, der Konkurrenzdruck und die Bereitschaft zur Selbstaussbeutung  
109 unter den angehenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gnadenlos  
110 ausgenutzt.

111 Berlins wissenschaftlicher Nachwuchs braucht stabile und planbare  
112 Beschäftigungsverhältnisse. Wir Grüne wollen deshalb für alle  
113 Qualifikationsstellen Vertragslaufzeiten von mindestens vier Jahren oder eine  
114 Laufzeit, die den Abschluss der Qualifizierung umfasst. Und es braucht neue,  
115 unbefristete Stellen neben der Professur, insbesondere für Post-Docs. Überall  
116 dort, wo Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrem Beruf arbeiten,  
117 müssen sie auch sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Das gilt  
118 natürlich auch für Lehrbeauftragte, die Daueraufgaben übernehmen. Im Umgang mit  
119 befristeten Drittmittel-Verträgen wollen wir verpflichtende „Codes of Conduct“

120 einführen. Die Stellenlaufzeit sollte mindestens der Laufzeit der verfügbaren  
121 Mittel entsprechen und dabei auch Eltern- und Betreuungszeiten absichern. Durch  
122 verpflichtende Promotionsvereinbarungen können die Rechte und Pflichten von  
123 Promovierenden, Betreuenden und den beteiligten Institutionen geregelt werden.  
124 Wenn Berlins Wissenschaft und Forschung das eigentliche Kapital dieser Stadt  
125 sind, braucht es hier für dauerhafte Aufgaben auch dauerhafte Verträge.

### 126 **III. Bezirke: Tarifverträge für die Honorarkräfte**

127 Unterfinanzierung und Personalnotstand sind in den Berliner Bezirken seit vielen  
128 Jahren an der Tagesordnung. Auch hier sind gerechtere Löhne und bessere  
129 Arbeitsbedingungen häufig nur zum Preis von Einschränkungen bei den Angeboten zu  
130 haben. Ob bei der kulturellen Bildung oder in der Jugendarbeit, bei der  
131 Schulreinigung und in der Grünpflege: immer mehr öffentliche Aufgaben und  
132 Aufträge werden zu prekären Arbeitsbedingungen erbracht. In den bezirklichen  
133 Musikschulen wird der Betrieb nur noch durch den Einsatz von rund 2.000  
134 Honorarkräften gewährleistet, die zusammen 90 Prozent des Unterrichts erteilen.  
135 Obwohl mehr als die Hälfte von ihnen in arbeitnehmerähnlichen Verhältnissen  
136 arbeitet, ist ihr Nettoverdienst im Vergleich zu den Festangestellten sehr  
137 gering und an eine Altersvorsorge kaum zu denken. Ähnliche Verhältnisse  
138 herrschen an den kommunalen Volkshochschulen; hier sind es sogar 3.000  
139 Freiberufler, die unter anderem das staatliche Angebot an Sprach- und  
140 Integrationskursen aufrechterhalten. Durch die finanzielle Misere der Bezirke  
141 hat neben den Beschäftigten auch längst die Qualität einiger Angebote gelitten:  
142 in der Schulreinigung und Grünpflege werden Leistungen stets an den billigsten  
143 Anbieter vergeben - mit den bekannten Folgen. Gute Arbeit und moderne  
144 Daseinsvorsorge sehen anders aus. Wir Grüne wollen den Teufelskreis prekärer  
145 Arbeit im öffentlichen Auftrag durchbrechen und für eine andere Vergabe- und  
146 Personalpolitik in den Bezirken sorgen.

147 Unser Ziel lautet: wer von öffentlichen Aufträgen profitieren will, muss seinen  
148 Beschäftigten Tariflöhne oder die im Entsendegesetz festgelegten Entgelte  
149 zahlen, egal ob die Finanzierung auf Honorar- oder Leistungsvereinbarungen  
150 beruht. Diesen Grundsatz wollen wir im Vergabegesetz verankern. Wir möchten  
151 rechtssichere Qualitätsstandards für bezirkliche Ausschreibungen definieren und  
152 zwecks einer besseren Kontrolle die Ausstattung der Vergabestellen verbessern.  
153 Diese Tarife und Standards dürfen weder zu Lasten der Angebotsvielfalt gehen  
154 noch eine weitere Anhebung der Entgelte nach sich ziehen, etwa für  
155 Volkshochschulkurse oder den Musikschulunterricht. Denn damit verliert  
156 öffentliche Daseinsvorsorge letztlich ihren Sinn, nämlich Teilhabe und  
157 Bildungszugänge unabhängig vom finanziellen Hintergrund zu ermöglichen.  
158 Stattdessen braucht es eine automatische Anpassung der Etatzuweisungen für die  
159 Bezirke an etwaige Lohnerhöhungen.

160 In einem ersten Schritt setzen wir uns für Verhandlungen zwischen dem Senat und  
161 den gewerkschaftlichen Vertretungen über einen Tarifvertrag für die  
162 Honorarkräfte an den Musik- und Volkshochschulen ein. Für Mitarbeiterinnen und  
163 Mitarbeiter mit arbeitnehmerähnlichem Status sollen analog zu den so genannten  
164 festen Freien von Rundfunkanstalten tarifliche Regelungen vereinbart werden, die  
165 unter anderem folgende Aspekte beinhalten: Ausgleichszahlungen im Krankheitsfall  
166 und bei Mutterschutz, einen Mindestbeschäftigungsumfang und die Altersvorsorge,  
167 die Interessenvertretung der Beschäftigten sowie die Orientierung ihrer

168 Honorarhöhe an den Tarifentwicklungen in Berlins öffentlichem Dienst. An den  
169 Musikschulen wollen wir zudem zur Pauschalvergütung der Lehrenden zurückkehren.  
170 Perspektivisch wollen wir an den Musik- und Volkshochschulen mehr Lehrkräfte  
171 fest anstellen. Wenn Berlin ein Vorbild im Kampf gegen Prekarität und  
172 Lohndumping sein will, müssen Land und Bezirke bei denen anfangen, die in ihrem  
173 Auftrag die Daseinsvorsorge in der Stadt aufrecht erhalten.

174 **IV. Eine langfristige Strategie gegen prekäre Beschäftigung und Lohndumping für**  
175 **Berlin**

176 Berlin muss endlich die Spirale von Armut und prekärer Beschäftigung,  
177 Angebotskürzungen und öffentlicher Finanznot durchbrechen. Dabei werden wir  
178 nicht ad hoc alle Ungerechtigkeiten beseitigen und sämtliche Arbeitsbedingungen  
179 verbessern können. Denn dafür ist auch die Haushaltslage von Land und Bezirken  
180 immer noch zu prekär. Wir werden ehrlich darüber diskutieren müssen, wie wir die  
181 Situation von Menschen mit prekären Jobs schrittweise verbessern. Dazu gehört  
182 das Bewusstsein, dass sich Berlin solche Dumpinglöhne gar nicht leisten kann.  
183 Wir alle bezahlen sie entweder schon heute, wie im Fall der so genannten  
184 Aufstocker, oder müssen sie in Folge zunehmender Altersarmut in der Zukunft  
185 bezahlen. Es braucht eine langfristige, systematische Strategie, damit „Prekär  
186 im öffentlichen Auftrag“ zukünftig der Vergangenheit angehört. Deshalb wollen  
187 wir zusammen mit allen Beteiligten, den Senatsverwaltungen, den Bezirken, den  
188 landeseigenen Unternehmen sowie den Trägern und Einrichtungen, die über  
189 öffentliche Mittel finanziert werden, soziale Standards und Qualitätskriterien  
190 für die Entlohnung von direkt und indirekt Beschäftigten erarbeiten. Die  
191 höchsten Ansprüche haben wir dabei an den öffentlichen Dienst selber, gefolgt  
192 von den landeseigenen Unternehmen. Bei Einrichtungen, die über öffentliche  
193 Mittel finanziert werden und bei Unternehmen, die von der Berliner  
194 Wirtschaftsförderung profitieren, wollen wir langfristig die gleichen  
195 Mindeststandards verankern. Konkret haben wir folgende Ziele:

- 196 1. Arbeitnehmerähnlich Beschäftigte sollten schrittweise in reguläre  
197 Beschäftigung übernommen werden und der Anteil fester Arbeitsverhältnisse bei  
198 öffentlich finanzierten Aufgaben wieder wachsen.
- 199 2. Leiharbeit soll nur zur flexiblen Abfederung von Auftragsspitzen und zur  
200 Überbrückung personeller Engpässe genutzt werden können, aber nicht zum Nachteil  
201 der Beschäftigten.
- 202 3. Leiharbeitskräfte müssen fair entlohnt werden und mehr Sicherheit erhalten.  
203 Deswegen fordern wir konsequent Equal Pay ab dem ersten Tag und eine eindeutige  
204 Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen.
- 205 4. Die Stundensätze sollen an den Tarifvertrag und die Tarifentwicklung im  
206 Berliner öffentlichen Dienstes gekoppelt werden.
- 207 5. Mit erzwungener Teilzeitarbeit muss Schluss sein. Stattdessen wollen wir  
208 neben dem Recht auf Teilzeit auch das Recht auf die Rückkehr zur Vollzeitstelle  
209 verankern.
- 210 6. Barrierefreiheit und Menschen mit Behinderung sollen gezielt gefördert  
211 werden. Und die Arbeitsverhältnisse müssen familienfreundlicher werden, zum  
212 Beispiel durch bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder flexiblere  
213 Arbeitszeiten.

214 Um diese Ziele schrittweise zu erreichen schlagen wir unter anderem folgende  
215 Instrumente vor:

216 1. Mit einem Landes-Tarifbindungsgesetz wollen wir erreichen, dass auch die  
217 Beschäftigten in den landeseigenen Betrieben sowie bei Trägern und  
218 Einrichtungen, die über öffentliche Mittel finanziert werden, nach den  
219 Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bezahlt werden. Dafür  
220 möchten wir die entsprechenden Zuweisungen anheben und im Falle von  
221 Entgelterhöhungen die bezirklichen Etats automatisch anpassen.  
222 2. Wir wollen im Vergabegesetz verankern, dass alle, die von öffentlichen  
223 Aufträgen profitieren wollen, ihre Beschäftigten zu Tariflöhnen oder den im  
224 Entsendegesetz festgelegte Entgelten bezahlen. Dafür möchten wir die  
225 Vergabestellen personell besser ausstatten und ihr fachliche Kompetenz,  
226 insbesondere im Umfang mit den häufigen Klagen von Bewerbern stärken.  
227 3. Wir wollen eine Offensive für die Formulierung rechtssicherer  
228 Qualitätsstandards bei bezirklichen Ausschreibungen starten, auch mit der  
229 aktiven Unterstützung der Senatsverwaltungen. Die Einhaltung dieser Standards  
230 muss durch eine eigenständige Kommission kontrolliert werden, die - analog zum  
231 Bremer Vergabegesetz - in regelmäßigen Abständen mit einem Tätigkeitsbericht für  
232 mehr Transparenz sorgt. Bei Verstößen gegen die Ausschreibungskriterien, etwa  
233 geheimem Lohndumping, möchten wir höhere Vertragsstrafen für die Schwarzen  
234 Schafe unter den Auftragnehmer.  
235 4. In Beteiligungsunternehmen wollen wir durch die Entsendung von Vertreterinnen  
236 und Vertretern der Beschäftigten sowie der Nutzer\*innen in die Aufsichtsräte  
237 oder Gewährträgerversammlungen sicherstellen, dass soziale Gesichtspunkte  
238 stärker berücksichtigt werden. Um hier mehr Transparenz zu schaffen, möchten wir  
239 auch die Rechnungshofbefugnisse des Parlaments ausweiten.  
240 5. Wir wollen systematisch dafür sorgen, dass Outsourcing verhindert wird, wenn  
241 damit Löhne gedrückt und Arbeitskosten gespart werden sollen. Schon aus diesem  
242 Grund muss der Personalabbau in den Bezirken unverzüglich gestoppt werden.  
243 Prekarisierung und Lohndumping durch die Hintertür sollten in Berlin zukünftig  
244 ausgeschlossen sein.

245 weitere Unterstützer\*innen:

246 Sabine Bangert (LAG Kultur), Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg), Jana Borkamp  
247 (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Michael Greiner (LAG Wissenschaft), Friederike  
248 Landau (LAG Kultur), Eva Marie Plonske (LAG Wissenschaft), Anja Schillhaneck (KV  
249 Tempelhof-Schöneberg), Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales), Renate  
250 Künast (KV Tempelhof-Schöneberg), Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),  
251 Marc Urbatsch (KV Mitte), Tonka Wojahn KV Steglitz-Zehlendorf